

Statement – Hochschulpolitische Forum 1.6.2010

Ich bin hier als Delegierte des Anti- Militaristischen- Bündnis Kassels (respektive der heutigen AG Antimilitarismus). Entstanden ist das Bündnis auf Grund einer Veranstaltungsreihe 2008 mit dem Thema „Innovation und Roadmapping“. Zu dieser Reihe waren u.a. zwei Vertreter militärischer Bereiche geladen; zum einen ein Oberstleutnant, der für das „Joint Air Power Competence Centre“, eines politisch- militärischen Think Tanks der NATO sprach. Thema seines Vortrags war „Roadmapping im Bereich einer politisch- militärischen Organisation – der JAPCC Flight Plan for Unmanned Aircraft Systems in der NATO“. Eine Woche später war ein Projektleiter des Technologie Managements des Military Air Systems der EADS (European Aeronautic Defence and Space Company) geladen. Dieser referierte zu „Aspekten des Technologie Managements bei EADS“.

Ziel des Bündnisses war es, öffentlich zu machen und sich dagegen zu positionieren, dass Vertreter militärischer Institutionen und Firmen an der Universität Kassel sprechen und werben können, ohne dass es überhaupt einen kritischen Diskurs dazu gibt. Stattdessen wurden ihnen sogar innerhalb der Vortragsreihe Vertreter Dr. Oetkers und der Schott AG (Glas- und Keramiktechnik) an die Seite gestellt. Damit entstand der Eindruck, dass es sich bei den Institutionen, in deren Namen sie referierten, um eben solche unbedenklichen Einrichtungen handelt.

Auf öffentlichkeitswirksame Aktionen folgten Bemühungen des Bündnisses im Fachbereich, in dem diese Vortragsreihe veranstaltet wurde, und im Senat, um einen Diskurs zu diesem Thema anzuregen und Handlungen anzustoßen.

In den Augen des Bündnisses haben Kooperationen zwischen Wissenschaft und Institutionen des Militärs und der Rüstungsindustrie keinerlei Legitimation. Auf Grund jener diversen Anstrengungen seitens des Bündnisses fand sich auf Initiative aus dem Senat heraus eine Arbeitsgruppe zusammen, die dieses Hochschulpolitische Forum vorbereitete.

Eines ist daran jedoch besonders bedenklich: Trotz seiner Brisanz, hat es lange auf sich warten lassen, bis dieses Thema nun aktiv diskutiert wird. Denn bereits der Zeitraum, den es dauerte, bis es zu diesem Forum kam, spricht für sich – 2 Jahre.

An den Veranstaltungen, die den Aufhänger bildeten, zeigt sich exemplarisch eine fortschreitende Militarisierung der Gesellschaft, die nicht einfach hingenommen werden kann. Sie geschieht schleichend und wird als solche auch nicht benannt. Damit wird jedoch eine scheinbare Akzeptanz in der Gesamtgesellschaft geschaffen, indem so getan wird, als handele es sich nicht um das, was es

ist – Militär und Rüstung. Dies geschieht mittels solcher Veranstaltungsreihen, Berufsinformationstagen an Schulen und Hochschulen, Informationsständen der Bundeswehr auf Stadtfesten, oder umfassenderen Kooperationen von Bundeswehr und Schulen (wie in Baden-Württemberg; in Hessen ist ein Abkommen zu "Rahmenbedingungen der Arbeit der Jugendoffiziere in Schulen und im Bereich der Lehrerfortbildung" ebenfalls in der Vorbereitung). Dort erscheint die Bundeswehr als zivilgesellschaftliche Institution, die als legitimer Arbeitgeber in eine Reihe mit privatwirtschaftlichen UnternehmensvertreterInnen gestellt, in Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen integriert wird oder an einem Unterhaltungsstand auf einer Kirmes zu finden ist.

Dagegen müssen wir uns wehren. Denn Militär und Rüstung bedeuten Krieg. Und Krieg ist nie ein gerechtfertigtes Mittel. Folglich ist jegliche Beteiligung daran inakzeptabel. Auch die Verwendung von Entwicklungen für das Militär oder die Rüstungsindustrie ist eindeutig Bestandteil von Kriegsführung. Damit ist Forschung in diesen Bereichen Beteiligung am Krieg. Es gilt, sich dem entschlossen entgegen zu stellen.

Als wir im Januar im Senat einen Antrag stellten, dass es keinerlei Forschungsk Kooperationen mit Unternehmen der Rüstungsindustrie und Institutionen des Militärs geben soll, wurde von Seiten des Senats ebenfalls herausgestellt, dass „wir ja alle gegen den Krieg seien“. Bisher ist einige Zeit verstrichen, bis diese breitere Diskussion möglich war und bislang wurden noch keine konkreten Handlungen unternommen, um diesen Anspruch aktiv und entschlossen zu verfolgen.

Entschlossenheit erwarten wir von diesem Forum. Denn mit der Ablehnung von Krieg ist unser gemeinsamer Nenner klar. Und aktiv in diese Richtung zu arbeiten ist nun unsere Aufgabe.

„Offenheit und Verantwortungsbewusstsein gegenüber Herausforderungen in Natur und Gesellschaft“ nennt die Universität Kassel als ihr Leitbild. Genauso werden dort „kritische Analysen, ethische Reflexion und unkonventionelles Denken jenseits des gerade Gängigen“ als weitere Elemente postuliert. Daraus folgt, dass Verantwortung gegenüber den Konsequenzen von Forschung und Lehre in Kooperation mit Einrichtungen des Militärs und der Rüstungsindustrie übernommen und reflektiert werden muss. Der Schluss bei den genannten Ansprüchen kann nur sein, Rüstungsforschung nicht zuzulassen. Denn der Forschung im Bereich der Rüstung und dem Militär kann ich nur dann zustimmen, wenn ich der Meinung bin, dass Krieg doch eine Lösung darstellt. Ist dem nicht so, kann die Folge nur sein, für eine andere Wissenschaft einzutreten.

In den Blick zu nehmen sind dabei weitergehend besonders zwei Aspekte: Denn wir sprechen hier nicht nur von direkter wissenschaftlicher Unterstützung, die Technik, Strategien, Methoden o.ä. bereitstellt. Auch die

bereits genannten Entwicklungen, bei denen die Bundeswehr oder Unternehmen der Rüstung zunehmend als zivile Akteure auftreten, spitzen sich immer weiter zu:

- Das Bundesverteidigungsministerium ist Drittmittelgeber an verschiedenen Universitäten,
- Jugendoffiziere sind Lehrbeauftragte an Universitäten,
- Professoren von Bundeswehrinstituten haben zudem Lehraufträge an Unis, wie die Projektleiterin von „Gerechter Frieden – gerechter Krieg“, die gleichzeitig an der theologischen Fakultät in Heidelberg lehrt.
- Es gibt bereits einen gesamten Studiengang an der Uni Potsdam, der in Zusammenarbeit mit dem Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr angeboten wird,
- insgesamt gibt es etwa 27 Kooperationen zwischen Bundeswehr und Hochschulen.

...um nur einige Facetten davon zu nennen.

Im Moment lassen sich keine direkten Forschungsbeiträge der Universität Kassel für Rüstungsfirmen finden, was aber nicht heißt, dass es sie nicht gibt, und schon gar nicht, dass dies hier nicht thematisiert werden muss. Sicher ist, dass mit der Bundeswehr zusammen gearbeitet wird, was im Jahresbericht 2007 von den Jugendoffizieren auch als „erfreulich intensiv“ bezeichnet wurde. Daneben bestätigte Frau Kühne- Hörmann auf eine Anfrage der LINKEN im Juni 2009 zu militärischer und sicherheitstechnischer Forschung in Hessen, dass es u.a. Kooperationen zwischen der Uni Kassel und dem Unternehmen SAP AG gibt. Diese arbeitet in ihrer Sparte zur inneren und äußeren Sicherheit, wie auf ihrer Website zu lesen ist, zur „effektiven Unterstützung bei Einsätzen von Streitkräften“ (Personalmanagement, Logistik, Rechnungswesen, Controlling, Gesundheitsmanagement). In dieser Anfrage an die Landesregierung finden sich weitere Partnerunternehmen, die ebenso militärische Sparten aufweisen. Zudem wird zu den Tagen, an denen der 200jährige Geburtstag der Firma Henschel gefeiert werden soll, von der Uni Kassel in Kooperation mit der „Interessengemeinschaft Henschelsommer 2010“ eingeladen. Hierbei soll „im lebendigen Umfeld der innovativen Forschungs- und Lernatmosphäre der Kasseler Hochschule [...] 200 Jahre Hochtechnologie aus Nordhessen“ gefeiert werden. Zu fragen bleibt dabei, ob das heutige „Kriegsgerät“ Kasseler Rüstungsfirmen auch zu dieser Hochtechnologie gezählt wird.

Doch es muss nicht nur von der konkreten Zusammenarbeit gesprochen werden. Vielmehr stützen derartige Entwicklungen indirekt und schleichend eine gesamtgesellschaftliche Veränderung der Stellung von Militär und Rüstung, indem diese immer weiter in die Zivilgesellschaft gerückt werden. Auf diesem Wege wird suggeriert, dass es sich um legitime Institutionen handelt, die keiner weiteren Reflexion bedürfen.

Daran anschließend ist es unumgänglich, sich daran zu erinnern, welche Rolle Universitäten und Wissenschaft in der Gesellschaft haben und welchen Einfluss sie darin ausüben.

Doch wie kann es aber zu derlei Entwicklungen kommen und warum können diese trotz ihres eindeutigen

Einsatzfeldes und den daran geknüpften Auswirkungen befördert werden? Welche Interessen stehen hinter diesen Bestrebungen? Und kann dabei noch von gesamtgesellschaftlichen Interessen gesprochen werden?

In diesem Bereich zeigt sich auf perfide Weise ein grundlegendes Problem von Wissenschaft: ihre Ökonomisierung. Der Druck zur Einwerbung von Drittmitteln ist hoch. Und mit einem Blick auf die Novellierung des hessischen Hochschulgesetzes, das den Zwang zu solchen Einwerbungen festschreibt, in Kombination mit dem Hochschulpakt, durch den öffentliche Gelder gestrichen werden, wird klar, dass sich dieses Diktat geradezu potenzieren wird.

Müssen wir uns nicht gegen diese Einflussnahme auf Wissenschaft wehren und dies auch jenseits der Frage nach Militär und Rüstungsindustrie an Universitäten? Erst auf Grund dieser Entwicklungen wird der Boden dafür bereitet, dass WissenschaftlerInnen gezwungen sein können, vor den Konsequenzen ihres Handelns die Augen zu verschließen.

Auch das Argument der Freiheit von Forschung und Lehre befreit uns nicht davon, etwas zu unternehmen und Position zu beziehen. Dieser Verweis wurde in den Monaten, die diese Auseinandersetzung an der Uni Kassel dauert, mehrfach bemüht. Als Element des Grundgesetzes sollte es, wenn es herangezogen wird, aber auch im Kontext der Menschenrechte, die im Grundgesetz ebenso verankert sind, verstanden werden. Zu den Menschenrechten heißt es im Grundgesetz, dass sie „Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt“ sind.

Die „Freiheit von Forschung und Lehre“ ist somit keine Freiheit um jeden Preis. Freiheit bedeutet nicht, von Verantwortung befreit zu sein. Wenn wir forschen und lehren, tun wir das auch immer in Verantwortung für die Folgen unseres Handelns.

Also ziehen wir es nicht heran, um Diskussion zu ersticken und Notwendigkeit zum Handeln zu verstecken. Der zunehmende ökonomische Zwang darf nicht verschwiegen und in diesem Zuge gerechtfertigt werden. Wir müssen uns dagegen stellen, um uns somit für eine tatsächliche Freiheit von Forschung und Lehre einzusetzen, frei von Interessen, die in ihrer Konsequenz Menschenrechte missachten.

Dazu muss es nach der Diskussion heute vor allem konkretes Vorgehen geben. Als einen notwendigen Schritt in diese Richtung sehen wir die Einsetzung einer Zivilklausel, die die ausschließliche Orientierung der Forschung und Lehre der Universität Kassel an friedlichen, d.h. gewaltfreien Zwecken festsetzt. Vergleichbare Vereinbarungen gibt es u.a. an der TU Berlin, am Karlsruher Institute for Technology und an der Universität Tübingen. Außerdem gibt es ähnliche Beschlüsse der Senate oder anderer Gremien bspw. in Konstanz, Oldenburg und Bremen. Bemühungen verschiedenster Initiativen, eine solche Zivilklausel auch bundesweit einzusetzen, gibt es bereits.

In diesem Zusammenhang wurde ein Gutachten angefertigt, das von einem Verfassungsrechtler im Auftrag

der Hans- Böckler- Stiftung durchgeführt wurde. Darin wurde die Vereinbarkeit einer solchen Zivilklausel mit dem Verfassungsgrundsatz der Freiheit von Forschung und Lehre geprüft. Das Ergebnis ist, dass der Gesetzgeber nicht daran gehindert ist, die „Friedens-Finalität der geplanten Forschung“ durch eine Zivilklausel auszudrücken. Es ist demnach eine Frage des politischen Willens und nicht einer verfassungsrechtlichen Hinderung, ob eine solche Klausel in der Grundordnung der Universität Kassel verankert wird.

Darüber hinaus ist es unbedingt notwendig, dass mehr Transparenz an der Universität Kassel hergestellt wird. Es gibt zwar eine Internetplattform, auf der Forschungsprojekte mit den jeweiligen KooperationspartnerInnen und GeldgeberInnen eingetragen werden können, dies ist jedoch unverbindlich. Somit ist es nicht einmal möglich, einzusehen, an welchen Stellen u.U. die hier besprochenen einflussreichen Verquickungen von Wirtschaft und Wissenschaft liegen.

Schließlich fordern wir dazu auf, dass sich die genannte Verantwortung bewusst gemacht, dazu Position bezogen und dementsprechend gehandelt wird.

Wissenschaft muss Kritik üben, sie muss Alternativen schaffen. Geforscht werden sollte statt im Bereich der Rüstung und des Militärs an Strategien gewaltfreier Konfliktlösungen.

Doch vor allem müssen wir uns an dieser Stelle die Frage stellen, wo im derzeitigen Entwurf von Gesellschaft die Schwächen liegen, dass wir überhaupt hier stehen müssen, um uns über die Notwendigkeit solcher Restriktionen zu unterhalten.